

Neue Bundesländer

Deutliche Anzeichen für einen Aufschwung

„Die Talsohle dürfte bei der Industrieproduktion inzwischen erreicht sein. Von dem gegenwärtig niedrigen Niveau könnte es in der zweiten Jahreshälfte zu einer Belebung kommen, die sich im nächsten Jahr fortsetzen wird.“

Mit diesem Satz aus der jüngsten Konjunkturanalyse des Münchner Ifo-Institutes belegte Bundeskanzler Helmut Kohl die Auffassung der Bundesregierung, wonach sich in jüngster Zeit die Anzeichen mehren, daß in wichtigen Wirtschaftsbereichen die Talfahrt allmählich zu Ende geht und der Aufschwung in den neuen Bundesländern bevorsteht.

Helmut Kohl war sich in dieser Einschätzung mit den führenden Repräsentanten aus Gewerbe und Industrie einig, die zusammen mit Vertretern der Gewerkschaften am 9. September zu ihrer inzwischen 8. Konferenz im Bundeskanzleramt zusammengekommen waren.

Erhebliche wirtschaftliche Impulse für die neuen Länder führte der Bundeskanzler auf das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost zurück. Dem Kabinett hat gerade eine Zwischenbilanz vorgelegen, nach der die für 1991 vorgesehenen Mittel bereits zu über 50 Prozent in konkrete Aufträge geflossen sind.

Wichtiges Ergebnis der aktiven Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung: Die Kurzarbeit, die mit zwei Millionen Beschäftigten im April ihren Höchststand hatte, ist inzwischen um mehr als eine halbe Million zurückgegangen. ■

HEUTE AKTUELL

● **Bundeshaushalt 1992**

Redebeiträge aus der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages von Matthias Wissmann, Jochen Borchert, Jürgen Rüttgers, Michael Glos, Michael von Schmude, Karl Deres, Susanne Jaffke und Irmgard Karwatzki. Seite 7–14

● **Steuern**

Für mehr Investitionen und Arbeitsplätze: Eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist unverzichtbar. Seite 15

● **CDU Niedersachsen**

Landesparteitag in Stade: 12 Bausteine zur Familienpolitik nur ein erster Schritt. Seite 24

● **CDU Bremen**

Ulrich Nölle: Bremen braucht die politische Erneuerung. Seite 26

● **Dokumentation**

Bundeskanzler Helmut Kohl: Es bleibt viel zu tun, aber wir sind auf einem guten Weg. Rede des Bundeskanzlers in der Haushaltsdebatte am 4. September. Grüner Teil

Ost-Investitionen springen an

Erste Anzeichen für eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern sieht der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Wolfgang Rölller. In Dresden erklärte Rölller, die Industrieproduktion werde sich in der zweiten Jahreshälfte erholen. Für das Baugewerbe sowie Handel und Verkehr prognostiziert Rölller zweistellige Zuwachsraten.

Auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) äußert sich optimistisch über die Lage im Osten. „Der Investitionsmotor in Ostdeutschland springt an.“ Dies ergab eine Umfrage bei den 15 Industrie- und Handelskammern (IHK) in den neuen Ländern. Die Investitionstätigkeit im Osten sei „heute vielfältiger als vermutet“.

Richtkrone über Eisenacher Opel-Werk

Im Eisenacher Montagewerk der Adam Opel AG (Rüsselsheim) wurde Richtfest gefeiert. Nach siebenmonatiger Bauzeit ist die erste Produktionshalle des neuen Werkes, in dem ab Ende 1992 jährlich 150.000 Autos hergestellt werden sollen, im Rohbau fertiggestellt. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm würdigte die Opel-Investition von mehr als einer Milliarde DM in Thüringen als beispielgebend für andere westdeutsche Unternehmen.

Auf der Baustelle im Westen

Nachrichten aus den neuen Ländern

von Eisenach sind derzeit rund 40 Firmen mit über 600 Arbeitern tätig. Jürgen Gebhardt, Geschäftsführer der Opel Eisenach GmbH, verwies darauf, daß mehr als 70 Prozent der Bauarbeiter aus Ostdeutschland stammen. Neben mehr als 2.000 Arbeitsplätzen, die bis Ende nächsten Jahres im Opel-Werk entstehen, würden auch Beschäftigungsmöglichkeiten in Zuliefererfirmen geschaffen. Im Landkreis sollen mit mehr als einem Dutzend Gewerbegebieten Arbeitsplätze für über 16.800 Menschen aufgebaut werden.

Milliarden für Arbeitsbeschaffung

Die Bundesregierung wird die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) in den neuen Ländern für 1992 um drei Milliarden Mark aufstocken. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit bekommt dazu einen Bundeszuschuß in Höhe von insgesamt fünf Milliarden Mark aus dem im Haushalt 1991 vorgesehenen, aber noch nicht vollständig ausgeschöpften Kreditvolumen des Bundes. Die Arbeitnehmer in den neuen Ländern können sich darauf verlassen, daß wir den notwendigen Umstrukturierungsprozeß weiter sozialverträglich absichern, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm.

Asyl: SPD-Verwirrspiel

Zu den Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine über eine mögliche Änderung des Art. 16 GG erklärte Generalsekretär Volker Rühle:

Die Erkenntnis des saarländischen Ministerpräsidenten, daß wirksame Maßnahmen gegen den Asylrechtsmißbrauch ohne eine Ergänzung des Artikel 16 GG nicht ergriffen werden können, ist zu begrüßen, entspricht sie doch in dem entscheidenden Punkt der seit langem von der Union vertretenen Auffassung. Allerdings steht Lafontaine damit in deutlichem Kontrast zum Präsidium der SPD. Damit stellt sich einmal mehr die Frage, wer in der SPD eigentlich den Kurs bestimmt?

Dieses Verwirrspiel muß endlich aufhören. Spätestens bei dem Spitzengespräch der Parteien am 20. September wird für die SPD die Stunde der Wahrheit schlagen. Es ist zu hoffen, daß diejenigen, die vor Ort die Verantwortung tragen, bis zu diesem Zeitpunkt entsprechend Druck auf die Parteizentrale ausüben, damit die SPD auch mit einer ernstzunehmenden Position in diese Verhandlungen geht.

40 Jahre Trennung überwinden, ist die Aufgabe aller Deutschen

Unter Vorsitz des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, sind am 5. September die Vorsitzenden der Landesverbände und Ministerpräsidenten aus den neuen Bundesländern sowie Generalsekretär Volker Rühle zu einem Gespräch zusammengetroffen. Das Gespräch fand in einer offenen und freundschaftlichen Atmosphäre statt.

Es bestand Einigkeit darüber, daß die Diskussion über die Erneuerung der Partei, die im Herbst 1989 begonnen wurde, fortgesetzt werden muß. Aber diese Diskussion muß offen, fair und ohne Selbstgerechtigkeit aus dem Geist des Miteinander geführt werden. Pauschalurteile werden dieser Herausforderung nicht gerecht. Es ist vor allem die Aufgabe der Orts-, Kreis- und Landesverbände in den neuen Bundesländern, sich dieser Diskussion zu stellen.

Während die wirtschaftlichen und sozialen Probleme in wenigen Jahren bewältigt werden können, wird die Überwindung der geistigen Trennung und das Zusammenfinden der Menschen einen längeren Zeitraum erfordern. Die Aufgabe, die 40jährige Trennung der Menschen zu überwinden, stellt sich der Gesellschaft insgesamt. Sie betrifft nicht nur die CDU, sondern ist eine Aufgabe aller Parteien und gesellschaftlichen Institutionen.

Den Gesprächspartnern wurde der Bericht eines unabhängigen Wirtschaftsprüfers vorgelegt. Es wurde festgestellt, daß die Bundespartei die bei der Vereinigung der Unionsparteien im Oktober 1990 übernommenen Finanzmittel abschließend für die Landesverbände in

den neuen Bundesländern ausgegeben hat und künftig ausgegeben wird. Dem Geist der Solidarität entspricht auch, daß die Landesverbände in den alten Bundesländern die Landesverbände in den neuen Bundesländern auch künftig finanziell und personell unterstützen. ■

Bericht des Wirtschaftsprüfers Dr. Erwin Pougin

Der Wirtschaftsprüfer Prof. Dr. Erwin Pougin hat einen Bericht über die Prüfung der Rechnungslegung über die von der CDU-Bundesgeschäftsstelle zum 1. Oktober 1990 vom Hauptvorstand der CDU der DDR übernommenen Geldbestände und deren Verwendung bis zum 31. August 1991 vorgelegt:

Daraus ergibt sich:

■ Alle durch die CDU-Bundesgeschäftsstelle vom Hauptvorstand der CDU in der ehemaligen DDR übernommenen Geldbestände und die nach dem 1. Oktober 1990 aus dem Bereich der ehemaligen DDR eingegangenen und auf Konten der CDU-Bundesgeschäftsstelle geführten Geldeingänge wurden und werden in den CDU-Landesverbänden der neuen Bundesländer voll eingesetzt.

■ Diese Geldbestände sind nicht im Etat der CDU-Bundesgeschäftsstelle enthalten und werden gesondert geführt.

■ Die CDU-Bundesgeschäftsstelle hat zum 1. Oktober 1990 vom Hauptvorstand der CDU in der ehemaligen DDR 14.322

TDM übernommen. Bis zum August des Jahres 1991 sind weitere Einnahmen in Höhe von 7.823 TDM hinzugekommen. Bei den Einnahmen handelt es sich überwiegend um Zuschüsse nach den Bestimmungen des Parteiengesetzes der DDR. Damit stehen bzw. standen für die Finanzierung der Arbeit der CDU in den neuen Bundesländern insgesamt 22.145 TDM zur Verfügung.

■ Aus den zur Verfügung stehenden Mitteln hat die Bundesgeschäftsstelle bis August 1991 13.395 TDM ausgegeben.

■ Verbindlichkeiten bestehen in Höhe von insgesamt 5.999 TDM. Darunter sind 4 Mio für die technische Ausstattung der Landes- und Kreisgeschäftsstellen in den neuen Bundesländern und weitere 800 TDM zur Finanzierung der Abfindungs- bzw. Sozialplankosten der CDU-Landesverbände in den neuen Bundesländern.

■ Nach Abzug der Ausgaben und Verbindlichkeiten und der Aufrechnung der Forderungen verbleibt derzeit ein Restvermögen von 3.687 TDM, das zur Unterstützung der CDU-Landesverbände in den neuen Bundesländern verwendet wird. ■

Lothar de Maizière legt Parteiämter nieder

Erklärung des stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden des Landesverbandes der CDU Brandenburg, Lothar de Maizière:

● Am 7. 9. 1991 werde ich an den Landesvorstand der CDU Brandenburg den Antrag stellen, den für den 21. 11. 1991 vorgesehenen Satzungsparteitag zugleich als Wahlparteitag durchzuführen.

Auf diesem Parteitag sollten der gesamte Landesvorstand, der Landesvorsitzende

und seine Stellvertreter neu gewählt werden.

Für eine erneute Kandidatur zum Landesvorsitzenden stehe ich nicht zur Verfügung.

● Vor der Sitzung des Bundesvorsitzenden der CDU, Bundeskanzler Helmut Kohl, mit den Vorsitzenden und Ministerpräsidenten der neuen Länder am 5. 9. 1991 habe ich den Bundesvorsitzenden darüber informiert, daß ich die Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden und des Vorsitzenden der Grundsatzzprogrammkommission niederlege.

Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden werde ich den Zeitpunkt der Übergabe der Aufgaben einvernehmlich festlegen.

● Im November 1989 — noch vor dem Fall der Mauer — habe ich gemeinsam mit mutigen Mitstreitern gegen erhebliche Widerstände die Erneuerung der CDU in der damaligen DDR begonnen.

Durch den Sonderparteitag am 15. und 16. 12. 1989 und die Bildung eigenständiger Landesverbände wurden in der ehemaligen DDR die Voraussetzungen für den überzeugenden Volkskammerwahlsieg gelegt. Ich bin allen Mitgliedern der CDU in den alten Ländern, die uns mit großem persönlichen Einsatz unterstützt haben, dankbar.

● Als letzter und zugleich erster frei gewählter Ministerpräsident der DDR habe ich maßgeblich die äußeren und inneren Aspekte der Schaffung der staatlichen Einheit Deutschlands mitgestaltet. Daß dieser Prozeß auf friedliche Weise und ohne Blutvergießen vollzogen wurde und den Menschen ermöglichte, in Würde und aufrechten Ganges in die Einheit zu gehen, erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit. Niemand, der nicht unmittelbar vor Ort beteiligt war, kann ermes-sen, mit welchen unwägbar Risiken,

Bundeskanzler Helmut Kohl:

In einem entscheidenden Abschnitt unserer Geschichte hat Lothar de Maizière politische Verantwortung übernommen

Der Vorsitzende der CDU Deutschlands, Bundeskanzler Helmut Kohl zur Erklärung des stellvertretenden CDU-Vorsitzenden, Lothar de Maizière, seine Parteiämter niederzulegen:

Die persönliche Entscheidung Lothar de Maizières respektiere ich. Ich danke ihm für das, was er als Ministerpräsident der ehemaligen DDR und in der Führung der CDU geleistet hat.

In einem entscheidenden Abschnitt unserer Geschichte übernahm Lothar de Maizière politische Verantwortung. Dies verstand er als seine Pflicht, und er hatte bis dahin auch keine Gelegenheit, sich auf eine solche Aufgabe vorzubereiten. Der Erfolg der friedlichen Revolution unserer Landsleute in der DDR war von solcher Bereitschaft zur

Pflichterfüllung entscheidend abhängig.

Es bleibt das historische Verdienst von Lothar de Maizière, als erster freigeählter Ministerpräsident die DDR in die deutsche Einheit geführt zu haben. Er hat sich dabei stets als Anwalt der Menschen in der ehemaligen DDR verstanden. Unter seinem Vorsitz wurde 1989 der Erneuerungsprozeß der CDU in der damaligen DDR eingeleitet. Dies war die Grundlage für die Vereinigung unserer Partei am 2. Oktober 1990.

Ich habe Lothar de Maizière schätzen gelernt und mit ihm eng zusammengearbeitet. Es bleibt Aufgabe von uns allen, unsere ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die Menschen in Deutschland zusammenfinden und die Herstellung der inneren Einheit gelingt.

Gefahren und Anstrengungen aller Beteiligten diese Aufgabe verbunden war. Das Vertrauen und der Zuspruch vieler Menschen haben mir Kraft gegeben, das schwere Amt auszufüllen.

● Es war ein Fehler, nicht meiner inneren Überzeugung gefolgt zu sein, mit dem 3. 10. 1990 meine politische Tätigkeit, in die ich mich nicht gedrängt hatte, zu beenden. Denn ich wollte mich der Aufgabe stellen, meinen Beitrag zur Schaffung der inneren Einheit Deutschlands zu leisten. Ungerechtfertigte und gezielt ausgestreute Verdächtigungen haben seitdem

meine politische Arbeit, mich und meine Familie belastet.

Eine mit den Verhältnissen und den Grundbefindlichkeiten der Menschen in der ehemaligen DDR wenig vertraute westdeutsche Medienlandschaft hat den Prozeß der inneren Einswerdung wenig gefördert. — Diese und andere Umstände erschwerten es mir, um Verständnis für die Menschen in den neuen Ländern zu werben und für ihre Anliegen einzutreten.

● Zukünftig werde ich mich wieder verstärkt meiner rechtsanwaltlichen Tätigkeit zuwenden. ■

Hannelore Rönsch:

Beweis für den hohen Stellenwert der Alten- und Familienpolitik

Mit 14,7 Prozent gegenüber 1991 weist der Haushalt 1992 des Bundesministeriums für Familie und Senioren die höchste Steigerungsrate aller Bundeseinzelatets auf. Das Gesamthaushaltsvolumen für das kommende Jahr beträgt 32,427 Milliarden DM. Damit verwaltet das Bundesministerium für Familie und Senioren den viergrößten Einzeletat nach den Ressorts Arbeit und Soziales, Verteidigung und Verkehr.

Diese Zahlen belegen den hohen Stellenwert, den die Alten- und Familienpolitik für die Bundesregierung einnimmt, erklärte die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, anlässlich der parlamentarischen Beratung des Bundeshaushalts 1992. Ihr sei es besonders wichtig gewesen, daß die Verdoppelung der finanziellen Maßnahmen für Senioren und ältere Menschen von 14,5 Millionen in 1991 auf 28,85 Millionen DM in 1992 erreicht worden ist. Die neu eingerichtete Abteilung Senioren könne damit wichtige Aufgaben noch effektiver erfüllen.

Bundesaltenplan

Aus dem Ansatz dieser Abteilung ist die Einrichtung eines Bundesaltenplanes hervorzuheben. Dafür stehen 1992 fünf Millionen DM bereit. Aus diesen Mitteln sollen Zuschüsse an Träger der Altenhilfe gewährt werden. Mit überregional wirksamen Förderprogrammen soll der Bundesaltenplan den Einstieg in eine zukunftsweisende Seniorenpolitik fördern.

Im Bereich Familienpolitik werden 1992 mehr als 31,4 Milliarden DM ausgegeben. Dabei wirken sich vor allem die materiellen Verbesserungen für die Familie bei den gesetzlichen Leistungen aus: so die Erhöhung des Erstkindergeldes um 20 DM auf 70 DM und die entsprechende Anpassung des Kindergeldzuschlages um 17 DM auf bis zu 65 DM. Darüber hinaus wird 1992 erstmals die Verlängerung des Zeitraums für den Bezug des Erziehungsgeldes auf 18 Monate voll wirksam, das dann ab 1. 1. 1993 sogar auf 24 Monate ausgedehnt werden soll.

Aus dem Gesamtetat des Bundesministeriums für Familie und Senioren fließen etwa 6,8 Milliarden DM in die fünf neuen Bundesländer.

Insbesondere stellt das Ministerium 40 Millionen DM für den Hilfsfonds für schwangere Frauen in Not, dessen Leistungen ausschließlich für Familien und Alleinstehende in den neuen Ländern vorbehalten sind, bereit. Aus diesen Mitteln ist ein Programm zur Wohnungssanierung in Selbsthilfe für Familien und Alleinstehende, die ein Kind erwarten, entwickelt worden. Es werden Zuschüsse bis zu 20.000 DM je Wohnung gewährt für Maßnahmen, die den Gebrauchswert der Wohnung erhöhen und die Bedingungen für ein gesundes Wohnen der Familie mit Säuglingen und Kindern verbessern. Darüber hinaus sind Darlehen und/oder Zuschüsse für den Erwerb von Wohnungseigentum bis zu 10.000 DM vorgesehen, wenn dadurch auf Dauer kindgerechter Wohnraum geschaffen wird.

Matthias Wissmann:

Positive Zeichen unübersehbar

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern befindet sich in einem schmerzhaften Umstrukturierungsprozeß, dessen Talsohle noch nicht durchschritten ist.

In vielen Branchen verzeichnen wir jedoch deutlich positive Zeichen, die Anlaß zu begründetem Optimismus geben, daß wir in absehbarer Zukunft in den neuen Bundesländern wirtschaftlich „über den Berg“ sind. Die Bauwirtschaft entwickelt sich zur Konjunkturlokomotive für die ostdeutsche Wirtschaft.

Existenzgründungswelle

Auch der Aufbau mittelständischer Strukturen — ich denke hier an Bäcker, Metzger, Friseure, Maler, Tischler, aber auch an Drogerien, Textil- und Bekleidungsge­schäfte — kommt voran.

Seit Jahresanfang 1990 verzeichnen wir eine Existenzgründungswelle in den neuen Bundesländern. Bis zur Jahresmitte 1991 wurden 375 000 Gewerbebetriebe angemeldet. Die Bundesregierung stützt diese Existenzgründungen im Rahmen ihrer Förderprogramme. So wurden seit dem im März 1990 aufgenommenen ERP-Programm bis Ende Juni 1991 rund 111 000 Einzelförderungen mit einem Kreditvolumen von 12 Milliarden DM vorgenommen. Dadurch konnte ein Investitionsvolumen von rund 27 Milliarden DM mobilisiert und ca. 400 000 Arbeitsplätze neu geschaffen bzw. gesichert werden.

Auch die Privatisierung der ehemaligen volkseigenen Betriebe kommt voran. Insgesamt hat die Treuhandanstalt bis Ende Juli rund 3 000 ehemalige Staatsbetriebe

verkauft. Damit verbunden sind Investitionszusagen in Höhe von 68 Milliarden DM und Arbeitsplatzzusagen für über 550 000 Beschäftigte.

Auch am Arbeitsmarkt nehmen die Anzeichen dafür zu, daß sich positive Aspekte in den neuen Bundesländern abzeichnen. Seit Ende 1989 bis Ende März 1991 konnten bereits 2,4 Millionen Menschen in den neuen Bundesländern neue Beschäftigungsverhältnisse finden. Darin eingeschlossen sind fast 1 Million

Aus der Haushaltsdebatte

des Deutschen Bundestags

neu geschaffener Arbeitsplätze. Die mit Spannung erwartete Bekanntgabe der Juli-Zahlen für den Arbeitsmarkt hat nicht zu den von den professionellen Schwarzmalern und Schwarzsehern erwarteten Freisetzungen größeren Ausmaßes in den fünf neuen Bundesländern geführt. Zwar stieg die Zahl der Arbeitslosen auf über 1 Million, aber die Instrumente wie Fort- und Weiterbildung oder die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zeigen ihre Wirkung.

Auch die Horrorvisionen für die Ausbildungsstellensituation in den neuen Bundesländern sind nicht eingetreten. Noch vor 2 Monaten wurde vor einer drohenden Ausbildungskatastrophe gewarnt. Ende Juli standen rund 20 000 noch nicht besetzten Stellen insgesamt 40 000 Bewerber gegenüber. Bis Ende September wird sich die Situation hoffentlich weiter verbessert haben. Wir sollten darüber nachdenken, ob nicht Bewerber ihre Ausbildung in den alten Bundesländern durchführen, wo rund 420 000 Bewerber unter 720 000 Ausbildungsstellen wählen können.

Trotz dieser erfreulichen Entwicklungen und Prognosen wird der Umstrukturierungsprozeß in der Industrie in den

neuen Bundesländern noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Die von den internationalen Märkten weitgehend abgeschottete ostdeutsche Wirtschaft ist seit Mitte 1990 dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt; dadurch wurde das ganze Ausmaß der maroden Staatswirtschaft der früheren DDR schonungslos offengelegt. Das SED-Regime hat auf Kosten der Substanz gelebt, wie für jedermann seit der Währungs-, Wirtschafts- und Sozial-Union deutlich sichtbar ist. Der erforderliche Anpassungsprozeß wird trotz steigender Privatisierungszahlen und verstärkter Sanierungsbemühungen der Treuhandanstalt fortgesetzt werden müssen, da es noch eine Vielzahl nicht wettbewerbsfähiger Unternehmen in den neuen Bundesländern gibt.

Jochen Borchert:

Erfolgreiche Konsolidierung

Der Entwurf des Bundeshaushalts 1992 und der Finanzplan bis 1995 nehmen die erfolgreich praktizierte Konsolidierungspolitik der 80er Jahre wieder auf und schaffen somit gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die im Westen Deutschlands die Wachstumsaussichten stabilisieren und im Osten Deutschlands den Aufschwung ermöglichen. Die Haushaltspolitik ist durch folgende Punkte gekennzeichnet:

Erstens: In den Jahren 1990 und 1991 wurden die notwendigen Vorleistungen staatlicherseits erbracht, um den Umbruch im Osten unseres Vaterlandes von der sozialistischen Planwirtschaft auf die Soziale Marktwirtschaft zu realisieren. Die Grenze des durch die öffentliche Hand, insbesondere durch den Bund,

Machbaren ist erreicht. Jede weitere Ausdehnung des Ausgabevolumens gefährdet das Wirtschaftswachstum.

Zweitens: Die vorübergehende Erhöhung der Abgabenbelastung ist nur dann wachstumsunschädlich, wenn im mittelfristigen Zeitraum wieder eine Reduzierung in Aussicht steht. Deshalb hält die CDU/CSU-Fraktion an den gefaßten Beschlüssen fest, den Solidaritätszuschlag zum 30. 6. 1992 auslaufen zu lassen und den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1. 1. 1992 zu senken.

Drittens: Die Vorstellung, alle Altlasten der ehemaligen DDR werden sozialisiert, d. h. vor der Tür des all umfassenden Staates abgeladen, die Vorteile jedoch privatisiert, wird auf Dauer die öffentliche Hand überfordern. Alle am Wirtschaftsprozeß Beteiligten müssen bei ihren Entscheidungen die eingetretenen veränderten Rahmenbedingungen in Deutschland berücksichtigen, auch die Tarifpartner, auch unsere ausländischen Partner und Freunde.

Jürgen Rüttgers:

SPD hat keine Alternativen

Seit dem Bremer SPD-Parteitag gibt es ein neues Trio an der Spitze der SPD. Zwei Drittel davon haben wir heute gehört. Viel Neues war nicht dabei.

Wir haben keine Klarheit über den Kurs der SPD erhalten. Es gab keine Antworten, sondern neue Fragen. Es gibt keine Alternativen. In den entscheidenden Punkten ist die SPD einmal mehr den Beweis schuldig geblieben, daß sie die Zukunft unseres Vaterlandes gestalten kann.

Der neue Parteivorsitzende hat in der Sache Allgemeines gesagt. Aber natürlich in netter Form.

Ich will ausdrücklich zugeben: Er ist lernfähig. Zuerst fordert er den Rücktritt des Bundeskanzlers. Als ihm auf Befragen keine Begründung einfiel, nahm er sie mit Bedauern zurück.

Der Fraktionsvorsitzende erläuterte die Beschlußlage. Wie immer wohlgeordnet. Unklar ist mir nur, wer dem noch zustimmt.

Der Dritte im Bunde schweigt zur Zeit. Man darf rätseln, wann aus Saarbrücken wieder zu hören ist, er wisse es doch wieder besser.

Herr Engholm fordert den Verzicht auf ausgabewirksame Gesetze. Das hindert die SPD-Fraktion nicht, täglich neue Forderungen aufzustellen, so zum Beispiel am gleichen Tag die Forderung nach 1,6 Milliarden DM mehr für die Forschung.

Das ist allenfalls sozialistische Haushaltswirtschaft, seriös ist das nicht.

Keinesfalls will die SPD eine Unternehmenssteuerreform mittragen, hat Herr Engholm heute morgen gesagt.

Vor zwei Jahren sagte er: „Wenn wir als Industriestandort Bundesrepublik im europäischen Binnenmarkt attraktiv bleiben wollen, muß die Unternehmensbesteuerung dringend abgesenkt werden.“ Zitatende.

Herr Thierse hat am 21. Februar hier im Bundestag eine Arbeitslosenquote von über 40 Prozent für Mitte des Jahres prognostiziert.

Herr Roth hat vorhergesagt, daß die neuen Bundesländer für lange Zeit regelrechte Notstandsgebiete bleiben würden. 70 Prozent der Arbeitsplätze würden verlorengehen. Herr Vogel sprach von sozialen Unruhen, die zu erwarten seien. Von Zusammenbruch und Lehrstellenkatastrophe war die Rede.

Die Realität stellt sich wie folgt dar: Im August ist die Zahl der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern nicht gewachsen. Die Quote liegt weiter bei 12,1 Prozent. Gleichzeitig ist die Zahl der Kurzarbeiter um 170 000 zurückgegangen.

Damit ist eines klar: Die Verelendungstheorie von Hans-Jochen Vogel und Oskar Lafontaine ist genauso falsch wie die von Karl Marx und Friedrich Engels.

Michael Glos:

Privatinitiative gefordert

Wir stehen vor gewaltigen finanz- und vor allen Dingen wirtschaftspolitischen Herausforderungen: Der Wiederaufbau des durch den Sozialismus zerstörten östlichen Teils unseres Landes und die gleichzeitige Hilfe beim Umstrukturierungsprozeß der Reformstaaten in Osteuropa und der Sowjetunion erfordern unsere ganze Kraft.

Ich begrüße ausdrücklich die jetzt laufenden Bemühungen, die Sowjetunion an den Internationalen Währungsfonds heranzuführen, sei es über eine Assoziierung oder als Vollmitglied. Auch die Bundesrepublik wird im Rahmen des wirtschaftlich Sinnvollen und des finanzwirtschaftlich Verkräftbaren über das bis jetzt Gewährte hinaus weitere Hilfen für die Sowjetunion leisten müssen. Dabei darf man aber unsere Möglichkeiten nicht überschätzen. Wir können nicht der Zahlmeister für alles in der Welt sein.

Wir sind in den Belastungen der öffentlichen Haushalte, aber auch bei Steuer und Abgabenquote bis hart an die Grenzen des Vertretbaren gegangen. Trotz aller Notwendigkeit für eine finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung der neuen

Bundesländer und trotz der erforderlichen Ausgabedisziplin in den öffentlichen Haushalten bedarf es nach wie vor einer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Nährboden dafür bereitet, daß der wirtschaftliche Aufschwung im Westen unseres Landes nicht abbricht und im Osten mehr und mehr in Gang kommt.

In erster Linie ist private Initiative gefragt, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern umzustrukturieren, neue wettbewerbsfähige Produkte und Qualitäten zu entwickeln und sich auf die Märkte der Zukunft vorzubereiten.

Der Staat kann diesen Prozeß nur flankierend begleiten, indem er günstige rechtliche, wirtschaftliche wie steuerliche Rahmenbedingungen setzt und beschäftigungspolitische Verwerfungen sozial abfedert.

Michael von Schmude:

Aufbau eines freiheitlichen Rechtsstaates

Diese erste Lesung des Haushalts 1992 gibt uns willkommenen Anlaß zu einer Bestandsaufnahme, nämlich: Wie weit sind wir beim Aufbau des freiheitlichen Rechtsstaates in den neuen Bundesländern vorangekommen, wo stehen wir, was muß noch getan werden?

Das Justizwesen der früheren DDR war Werkzeug des Unterdrückerstaates und muß deshalb mehr als jede andere Verwaltung auch personell von Grund auf erneuert werden. Das bedeutet, daß Richter und Staatsanwälte nur in einem geringen Umfang übernommen werden können. Um eine Richterdichte wie in den alten Bundesländern herzustellen, benötigen wir etwa 4.500 Richter, 1.000 Staats-

anwälte und 2.000 Rechtspfleger. Letztere waren in der früheren DDR überhaupt nicht vorhanden.

Unser 1991 beschlossenes dreijähriges Hilfsprogramm zum Aufbau des Rechtsstaates im Beitrittsgebiet sieht die Entsendung von insgesamt 2.300 Juristen und Rechtspflegern vor. Dabei handelt es sich um 1.000 Richter und Staatsanwälte, von denen bis Ende Juni etwa die Hälfte abgeordnet waren. Ein großes Defizit tut sich noch bei den Rechtspflegern auf. Zwischen Bund und Ländern war vereinbart, in diesem Jahr 500 Rechtspfleger abzuordnen. Per Ende August lag diese Zahl mit 211 weit zurück. Angesichts des großen Arbeitsanfalls bei den Grundbuchämtern, bekanntlich liegen über 1 Million Ansprüche auf Rückübertragung vor, ist dieser Zustand besonders bedauerlich. Am Geld kann es nicht liegen, denn im Rahmen des gesamten Hilfsprogramms von 120 Millionen DM sind für diesen Bereich der Abordnung allein 65,4 Millionen DM vorgesehen.

Die neuen Bundesländer machen von dem finanziellen Hilfsangebot des Bundes zur Einstellung von bis zu 300 Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern Gebrauch. Hier sind kurzfristig bereits 200 Stellen besetzt worden.

Außerordentlich unbefriedigend und schleppend verläuft dagegen die Ausschöpfung unseres sog. Seniorenmodells. Hier waren Haushaltsmittel in Höhe von 17,5 Millionen DM im Haushalt 1991 vorgesehen zur Entsendung von 500 pensionierten Richtern, Staatsanwälten und Rechtspflegern. Mehr als 100 Interessenten haben sich bei den Justizministern der alten Bundesländer beworben und ganze 3 sind inzwischen tätig; 1 Richter in Sachsen und jeweils 1 Richter und 1 Rechtspfleger in Thüringen. Diesem Mißstand muß durch den Bundesjustizminister dringend nachgegangen werden.

Zur Aufarbeitung der früheren SED-Diktatur hat das Bundeskabinett einen Gesetzentwurf zur Bereinigung von SED-Unrecht vorgelegt. Damit soll die Aufhebung von Unrechts-Urteilen und die Entschädigungsregulierung beschleunigt werden. Wir müssen an diesen Komplex mit einem besonderen Augenmaß herangehen: In den mehr als 20.000 anstehenden Rehabilitierungsverfahren stecken erschütternde Einzelschicksale. Den Betroffenen muß Gerechtigkeit widerfahren. Allerdings müssen wir auch die Grenzen unserer Möglichkeiten erkennen, die einfach darin bestehen, daß geschehenes Unrecht weder finanziell noch sonst voll ausgeglichen werden kann. Bei den Finanzen ist zu berücksichtigen, daß dieses Gesetz mit etwa 1,5 Milliarden DM Kosten an die Grenzen unserer Möglichkeiten heranführt.

Mit einem noch zu beratenden Gesetz über die sog. Verwaltungsrehabilitation müssen Willkürakte der DDR-Organe im Verwaltungsbereich aufgearbeitet werden. Hier muß eine Möglichkeit geschaffen werden, auch abgeschlossene Verfahren wieder aufzugreifen. Besonders gilt dies hinsichtlich der sog. Zwangsumsiedlungen. So wurden u. a. im ehemaligen Sperrgebiet an der innerdeutschen Grenze Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen und ihr Hab und Gut gegen ein Trinkgeld dem Staat zu übereignen.

Stasi-Unterlagen-Gesetz

Für die Vergangenheitsbewältigung des SED-Schnüffler- und Spitzelstaates brauchen wir weitere juristische Grundlagen. Das Stasi-Unterlagen-Gesetz ermöglicht uns entsprechende Informationen im Interesse betroffener Opfer. In Verbindung mit der Erfassungsstelle Salzgitter kann dann hoffentlich ein Großteil politisch motivierter Straftaten aus der DDR-Zeit verfolgt und gesühnt werden.

Karl Deres:

Drängende innenpolitische Probleme

In den Zahlen des Innenhaushalts 1992 spiegelt sich wieder einmal eine Fülle drängender innenpolitischer Probleme. Das zeigen auch folgende Beispiele:

- Für den weiteren Aufbau der Verwaltungen in den neuen Ländern sind im Einzelplan 06 wieder insgesamt 250 Mio. DM an Personalkostenzuschüssen und für die Entsendung von Bundesbediensteten vorgesehen. Ich meine allerdings, daß dies zu keinem Dauerzustand werden sollte und daß wir in absehbarer Zeit eine Erfolgskontrolle der verschiedenen Anreize vornehmen sollten.

- Beim Bundeskriminalamt schlägt der Regierungsentwurf im Rahmen des mehrjährigen Konzeptes zur Intensivierung der Bekämpfung von Rauschgiftkriminalität und organisierter Kriminalität eine weitere Verstärkung um 60 Mitarbeiter vor. Nachdem die Zahl der Drogentoten bei uns im 1. Halbjahr '91 nochmals um über 50 Prozent gestiegen ist und die Zahl der Erstkonsumenten von Heroin z. B. um weitere 30 Prozent zugenommen hat, scheinen mir gegen Personalverstärkungen kaum Einwände möglich. Eines sollte aber klar sein: Wir hätten den Haushalt des BKA — und zwar nahezu sämtliche Arbeitseinheiten — seit 1989 dann um 710 Planstellen und Stellen verstärkt. Jetzt müssen den Mitarbeitern des BKA und der Länder endlich wirksamere Ermittlungsmöglichkeiten gegenüber dem organisierten Verbrechen gegeben und der Zugriff auf Verbrechensgewinne und Geldwäscher ermöglicht werden.

- Für die Förderung des Sports halte ich

das Prinzip der Subsidiarität gerade im vereinten Deutschland für ganz wesentlich. Der Sport und seine Spitzenverbände machen es sich aber zu einfach, wenn sie uns mit Blick auf die Besonderheiten in den neuen Ländern vorrechnen wollen, dies müsse sich bis auf kleinere Randkorrekturen im Jahr 1993 und in den Folgejahren so fortsetzen. Wir wollen gerade keinen Staatssport wie in der früheren DDR. Deshalb muß der Anteil der Bundesförderung konsequent zurückgeführt werden.

Susanne Jaffke:

Gezielte Bewältigung sozialer Problemfelder

Es ist an der Zeit, den penetranten Diffamierungen der Opposition über die angebliche soziale Unverträglichkeit des Haushaltsplans 1992 energisch entgegenzutreten. Wer den Haushaltsplan genau ansieht, stellt fest, daß die Bundesregierung sich sehr weitsichtige Gedanken über die sozialpolitische Situation der Bundesrepublik gemacht hat und daß sie gezielte Maßnahmen zur Bewältigung sozialer Problemfelder vorsieht.

So soll der Bundesjugendplan '92 um über 20 Mio. auf 203 Mio. DM aufgestockt werden. Ferner sollen 11 Mio. DM für den Bau und die Einrichtung von Jugendherbergen und Jugendbegegnungsstätten verwendet werden. Durch die Finanzierung von internationalen Begegnungsstätten leistet die Bundesregierung einen aktiven Beitrag zur friedlichen Entwicklung und zur verständnisvollen Nachbarschaft im neuen Europa. Auch ist im Entwurf des Bundeshaushal-

tes vorgesehen, das Kindergeld, den Kindergeldzuschlag und die Kinderfreibeträge zu erhöhen. Die vorgesehenen Leistungen sind beträchtlich: Die Aufstockung des Kindergeldes wird den Bund rund 3,1 Mrd. DM kosten; die Erhöhung des Freibetrages wird zu Steuerminder-einnahmen von rund 3,6 Mrd. führen. In den zehn Jahren christdemokratisch-liberaler Regierung haben sich die Leistungen für unsere Familien auf voraussichtlich 55,6 Mrd. DM verdoppelt. Noch ein Wort zu den Kindergärten in den neuen Ländern. Als ehemalige DDR-Bürgerin kann ich nur darüber staunen, welch nostalgische Krokodilstränen einige Vertreter der Opposition diesen vermeintlichen Errungenschaften des Sozialismus nachweinen.

Die betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen waren niemals ein menschenfreundliches Instrument des Staates für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie waren einfach nur Kinderaufbewahrungsstätten mit einem rigiden und pädagogisch sinnlosen Betreuungsplan.

Irmgard Karwatzki:

Altenpolitik – Zukunftspolitik für uns alle

Die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik wird uns in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor neue Aufgaben stellen. In den vergangenen 100 Jahren hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung unserer Bevölkerung verdoppelt.

Eine Gesellschaft ist nur dann human, wenn sie den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein gesichertes und erfülltes Leben in einem der Menschenwürde ent-

Friedrich Bohl: SPD führungs- und richtungslos

Die Haushaltsdebatte in dieser Woche war ein wichtiger Markstein auf dem Weg zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland. Nicht nur, weil Bundesfinanzminister Theo Waigel ein überzeugendes Konzept vorlegen konnte, wie wir die großen Herausforderungen finanziell bewältigen werden. Sondern vor allem auch deshalb, weil die Debatte offengelegt hat, wie alternativlos die SPD dasteht.

Ihre Alternativlosigkeit besteht insbesondere darin, daß sie völlig uneinig ist. SPD-Oberbürgermeister fordern Änderungen des Grundgesetzes, um dem weiter wachsenden Zustrom von Asylbewerbern Herr werden zu können. Große Teile der SPD-Führung sind immer noch dagegen und verhindern ein wirksames Handeln. Derweil wachsen die Probleme. Wenn es eine beginnende Ausländerfeindlichkeit gibt, dann trägt dafür die SPD die Verantwortung.

Und Engholm? Er lächelt, statt zu führen.

Genauso bei der Mehrwertsteuer. Die SPD-Ministerpräsidenten möchten sie erhöhen, die SPD-Bundestagsfraktion ist dagegen. Gleichzeitig erhebt sie Ausgabenforderungen in allen möglichen Bereichen, ohne zu sagen, woher das Geld kommen soll. Es ist eben immer wieder dasselbe: Sozialisten und Sozialdemokraten können Geld ausgeben, aber nicht erwirtschaften.

Um all dieses Hü und Hott, diese Führungs- und Perspektivlosigkeit zu verbergen, bemüht die SPD jetzt schließlich Schalck-Golodkowski. Kontakte, die mit ihm geknüpft wurden, um Menschen freizubekommen und Reiseerleichterungen zu bewirken, werden von ihr jetzt als Spionage verurteilt. Damit Richtigstellungen erschwert werden, sucht man sich als Opfer auch noch einen Toten aus, Franz-Josef Strauß. Das ist widerlich!

sprechenden Rahmen ermöglicht. Politik für Ältere muß sich an den Bedürfnissen des einzelnen orientieren. Daher sind individuelle Lösungsansätze gefragt. Aus diesem Grund werden vom Bundesministerium für Familie und Senioren Forschungsvorhaben finanziell unterstützt, die sich mit Möglichkeiten und Grenzen selbständiger Lebensführung befassen. Uns geht es dabei vor allem darum, die häusliche Pflege entsprechend dem Grundsatz „Ambulante Versorgung hat Vorrang vor stationärer Versorgung“ zur Geltung zu bringen. Denn über 80 Prozent unserer älteren Mitbürger können ihr Leben noch aktiv und unabhängig gestalten. Dies muß

auch weiterhin gefördert werden. Dennoch besteht ein Verlangen von seiten der älteren Generation nach materieller und sozialer Sicherheit und nach Hilfe und Betreuung im Falle der Pflegebedürftigkeit. Nur mit einer gesetzlichen Pflegeversicherung kann das Risiko der Pflegebedürftigkeit aufgefangen werden. Eine steigende Zahl alter Menschen ist auf die dauernde Pflege im privaten Bereich oder durch Dritte angewiesen. Über 90 Prozent dieser Versorgungs- und Pflegeleistungen erbringen Frauen, Töchter oder Schwiegertöchter zu Hause. Dabei wird das Ausmaß der bereits jetzt geleisteten Unterstützung in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. ■

Kommentar

Erfreuliche Anzeichen

Vielleicht ist es noch ein wenig voreilig, wenn der Bundeskanzler und sein Regierungssprecher verkünden, die wirtschaftliche Talsohle in den neuen Bundesländern sei erreicht, und von nun an gehe es aufwärts. Vielleicht werden die Wintermonate die Zahlen noch einmal nach unten drücken. Aber die Bundesregierung hat mit Recht nie in das allgemeine Jammergeschrei eingestimmt. Sie hat die Schwierigkeit nicht verschwiegen (manchmal allerdings geschönt), aber sie hat vor allen Dingen den Menschen „drüben“ Mut gemacht.

Auch wer die Schwierigkeiten zwischen Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern kennt, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche Nachricht über die schlechte Stimmung in den neuen Ländern an der wirklichen Stimmungslage dort vorbeiging. Es hat viel Enttäuschung und viel Kritik gegeben, weil das Wirtschaftswunder-Ost nicht schnell genug eintrat. Aber es gibt längst erfreuliche Anzeichen dafür, daß die Menschen bereit sind, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Und

das ist der Motor eines künftigen Wirtschaftsaufschwungs.

Die Bauwirtschaft fängt an, eine Konjunkturstütze zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist im letzten Monat nicht gestiegen. Die Bürger der alten DDR kaufen auch wieder eigene Produkte, und Supermarktketten beginnen, Waren aus Sachsen-Anhalt oder Thüringen anzubieten. Das sind erste Anzeichen einer Erholung.

Wir dürfen nicht vergessen, daß die Währungsunion erst etwas mehr und die Wiedervereinigung etwas weniger als zwölf Monate alt sind. Wirtschaftsexperten haben immer damit gerechnet, daß es um die zwei Jahre dauert, bis die neuen Bundesländer beginnen, wieder zu Kräften zu kommen. Diesen Zeitplan hält die Wirtschaftspolitik überraschend exakt ein. Die Fehler, die gemacht worden sind, waren angesichts der Größe der Aufgabe unvermeidlich. Die Treuhand hatte auch nicht immer eine glückliche Hand.

Politisch kommt es nicht darauf an, daß es in Magdeburg oder Rostock über Nacht boomt, daß alles zum Besten steht. Es kommt darauf an, daß die Menschen sehen, wie es besser wird, und daraus neue Hoffnung schöpfen.

Frankfurter Neue Presse

Aus dem Bildungsangebot der KAS

Die Friedensbotschaft der abrahamitischen Religionen und die Herrschaft des Rechts — Konsequenzen für das Zusammenleben von Muslimen, Juden und Christen

3. und 4. Dezember 1991

Die wichtigsten Themen:

- Die Friedensbotschaft der abrahamitischen Religionen und ihr Beitrag zur europäischen Kultur

- Freiheit des Denkens, Freiheit dem Andersdenkenden? — Eine kritische Würdigung

Die Veranstaltung findet in Schloß Eichholz bei Bonn statt.

Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung
Institut für Politische Bildung
Heimvolkshochschule Eichholz
Postfach 1331
W-5047 Wesseling**

Für mehr Investitionen und Arbeitsplätze:

Eine Reform der Unternehmensbesteuerung ist unverzichtbar

Die konsequente Politik der CDU zur Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft hat der ursprünglichen Bundesrepublik Deutschland den längsten Aufschwung in der Nachkriegsgeschichte gebracht. 1991 befindet sich die deutsche Wirtschaft im neunten Jahr ununterbrochenen realen Wachstums. Durch den Aufschwung wurden in den alten Bundesländern seit 1983 2,9 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen. Gegenwärtig verzeichnen wir im Westen den höchsten Beschäftigungsstand seit 1945.

Der kräftige und stetige Wirtschaftsaufschwung seit 1983 wurde vor allem durch die Rückführung der Staatsquote und die Steuerentlastungen in der zweiten Hälfte der 80er Jahre nachhaltig gefördert. Auch für die Zukunft brauchen wir eine Steuerpolitik, die Leistungsbereitschaft und Eigeninitiative mobilisiert und belohnt. Wir sehen uns neuen Herausforderungen gegenüber, die nur bei anhaltender wirtschaftlicher Dynamik zu bewältigen sind.

Im Vordergrund steht dabei, die Wirtschaft in den neuen Bundesländern aus der tiefen Strukturkrise nach 45 Jahren sozialistischer Mißwirtschaft herauszuführen und einen schnellen Aufschwung zu erreichen. Gleichzeitig wird der internationale Wettbewerb um Investitionen und Arbeitsplätze an Schärfe zunehmen. Dies gilt auch im Blick auf die Verwirkli-

chung des Europäischen Binnenmarktes zum 1. Januar 1993.

Die deutsche Volkswirtschaft hat sich auf den Weltmärkten eine Spitzenposition erarbeitet. Um diese Spitzenposition im Wettbewerb der großen Industrienationen halten zu können, müssen wir uns dem Wettbewerb der internationalen Steuersysteme stellen, denn nur so haben wir gute Chancen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die soziale Sicherung zu festigen, erfolgreiche Umweltpolitik zu betreiben und vor allem der jungen Generation eine gute Zukunftsperspektive zu bieten.

Der Standort Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich der Steuersysteme

Das deutsche Steuersystem belastet Erträge aus unternehmerischer Tätigkeit höher als andere Einkunftsarten. Es benachteiligt Risikokapital im Vergleich zu anderen Kapitalanlagen.

Mit Beginn der 80er Jahre ist das Steuerrecht vieler Industrieländer in Bewegung geraten. Die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan und selbst sozialistisch regierte Länder wie Österreich und Frankreich haben ihre Steuersätze auf Unternehmenserträge zum Teil drastisch gesenkt oder planen, dies zu tun (**siehe Tabelle 1**). Auch im Bereich der Einkommensteuer und insbesondere der Höchstsätze bei der Einkommensteuer gab es

deutliche Ermäßigungen (siehe Tabelle 2). Dadurch hat sich die Position der Bundesrepublik Deutschland bei einem wichtigen Faktor für Standort- und Investitionsentscheidungen relativ verschlechtert.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat 1989 festgestellt, daß die Bundesrepublik Deutschland mit der Kumulation aus Vermögen-, Grund- und Gewerbesteuer an relativ ungünstiger Position steht. Die Gewerbesteuer ist international die Ausnahme. Eine Steuer, die mit der deutschen Gewerbesteuer mehr oder weniger identisch ist, wird nur in Japan, Luxemburg und Österreich erhoben. Einige andere Staaten erheben gewerbesteuerähnliche Abgaben, so zum Beispiel Frankreich und die USA. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere die Höhe der heutigen Gewerbesteuer eine

Tabelle 1

Vergleich der Körperschaftsteuersätze in wichtigen Industrieländern 1984 bis 1990 (v. H.)

	1984	1990
Bundesrepublik Deutschland	56	50
Vereinigtes Königreich	45	35
Vereinigte Staaten von Amerika	46	34
Frankreich	50	39
Italien	46,4	46,4
darunter: Zentralstaat	36	36
Schweden	52,4	52
Niederlande	48	35
Österreich	55	30
Irland	50	47
Japan	43,3	37,5

(Quelle: Alfred Boss: Unternehmensbesteuerung und Standortqualität, Kieler Diskussionsbeiträge 145/146, Kiel, S. 56)

Tabelle 2

Vergleich der maximalen Einkommensteuersätze in ausgewählten Industrieländern 1985 bis 1990 (v. H.)

	1985	1990
Bundesrepublik Deutschland	56	53
Vereinigtes Königreich	60	40
Vereinigte Staaten von Amerika (New York)	58,8	36,6
darunter: Bundessteuer	50	28
Frankreich	65	56,8
Italien	65	45
Niederlande	72	60
Schweiz (Zürich)	42,7	40,9
Österreich	62	50
Irland	61	58
Japan	70	50

(Quelle: Alfred Boss: Unternehmensbesteuerung und Standortqualität, Kieler Diskussionsbeiträge 145/146, Kiel, S. 57)

Sonderbelastung für die deutschen Unternehmen. Sie benachteiligt deutsche Unternehmen im Wettbewerb mit ausländischen Konkurrenten und muß daher dringend reformiert werden.

Auch die Vermögensteuer und die Gewerbesteuer werden in vielen Ländern nicht erhoben. In Belgien, Griechenland, Großbritannien, Italien und Portugal gibt es keine allgemeine Vermögensteuer. In den USA werden vorwiegend auf kommunaler Ebene verschiedenartige Eigentumssteuern erhoben (siehe Tabelle 3).

Auch aus diesem Grunde liegt die unternehmerische Gesamtsteuerbelastung in der Bundesrepublik Deutschland erheblich höher als in wichtigen Konkurrenz-

Tabelle 3**Vermögensteuer und Zusatzsteuern mit Gewinnsteuercharakter der nachgeordneten Gebietskörperschaften in wichtigen Industrieländern**

	Vermögensteuer	Einzelstaatliche und/oder kommunale Ertragsteuern
Bundesrepublik Deutschland	Gewerbekapitalsteuer (a) Grundsteuer (a) Vermögensteuer (b)	Gewerbeertragsteuer (a)
Vereinigtes Königreich	Grundsteuer (a) (rates)	
Italien		Gemeindeeinkommensteuer (c)
Frankreich	Gewerbesteuer (a) (taxe professionnelle)	
Schweiz	Vermögensteuer (a) Grundsteuer (a)	Kantonale und teilweise kommunale Körperschaftsteuer (c)
Vereinigte Staaten von Amerika	Eigentumsteuer (a) (property tax)	einzelstaatliche und lokale Körperschaftsteuer (c)

(a) = Als Betriebsausgabe absetzbar bei der Gewinnermittlung. — (b) = Nicht als Betriebsausgabe absetzbar. — (c) = Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage der Bundessteuer absetzbar.

(Quelle: Alfred Boss: Unternehmensbesteuerung und Standortqualität, Kieler Diskussionsbeiträge 145/146, Kiel, S. 27)

ländern. Die Vergleichswerte für die Belastung des Gewinns vor Steuern lauten:

Tabelle 4

Bundesrepublik Deutschland	65 Prozent
Japan	59 Prozent
Frankreich	54 Prozent
Italien	48 Prozent
Vereinigte Staaten	42 Prozent
Großbritannien	38 Prozent
Schweiz	30 Prozent

(ab 1992: 36 Prozent)
(Quelle: Gutachten der Kommission zur Verbesserung der steuerlichen Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze, Bundesministerium der Finanzen, Bonn, Juni 1991)

International gibt es einen Wettbewerb der Steuersysteme. Je leichter es für die Unternehmen wird, ihren Produktionsstandort oder ihre Unternehmensleitung dorthin zu verlegen, wo die Kosten günstiger sind, desto weniger ist es möglich,

sich diesem Wettbewerb zu entziehen.

Neben Personal-, Energie- oder Transportkosten werden in vielen Fällen die Steuern zum wichtigsten Standortfaktor. Dies gilt insbesondere für den Europäischen Binnenmarkt.

Aus der vom Bundesministerium für Wirtschaft vorgelegten Statistik der Auslandsinvestitionen im Jahre 1990 ergibt sich, daß die Investitionen deutscher Unternehmen im Ausland netto fast 30 Milliarden DM betragen. Dagegen fanden nur knapp 3 Milliarden DM an Nettotransferleistungen ausländischer Unternehmen den Weg in unser Land. Im Vorjahr waren es noch 21,2 zu 7,9 Milliarden DM. Wenn die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland seit Jahren erheblich stärker ansteigen als Direktinvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland, ist dies nicht zuletzt auf den Standortnachteil der hohen Steuerlast zurückzuführen.

Politik der CDU

Mit zunehmender Integration der Weltkapitalmärkte und der Schaffung des Europäischen Binnenmarktes wird die Mobilität der Unternehmen immer größer werden. Um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, müssen wir deshalb dafür sorgen, daß die Bundesrepublik Deutschland für in- und ausländische Investoren attraktiv bleibt. Die Steuerpolitik wird sich daher auch weiterhin an unseren bewährten Leitgedanken orientieren.

● Für Unternehmen und Arbeitnehmer muß sich berufliche Leistung und Investitionsbereitschaft lohnen. Der linear-progressive Reformtarif 1990 mit der Absenkung der Grenzbelastung hat hierzu die entscheidenden Weichen gestellt. Er entlastet nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch unsere mittelständischen Betriebe. Doch solange noch bis zu mehr als die Hälfte des zusätzlichen Einkommens weggesteuert wird, besteht für die Steuerpolitik Handlungsbedarf.

● Investitionsfähigkeit und Investitionsbereitschaft werden maßgeblich von den Möglichkeiten der Eigenkapitalbildung unserer Unternehmen bestimmt. Mit der Absenkung des Körperschaftsteuertarifs für einbehaltene Gewinne auf 50 Prozent zum 1. 1. 1990 wurde ein erster Schritt zur Entlastung bei den spezifischen Unternehmensteuern getan. Doch wichtige Konkurrenten auf den Weltmärkten sind zum Teil viel weitergegangen und haben deutlich niedrigere Steuersätze auf Unternehmenserträge als wir.

Die CDU hat auf ihrem 36. Bundesparteitag in Wiesbaden 1988 beschlossen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik Deutschland durch eine „umfassende Reform der Unternehmensbesteuerung“ zu sichern, „die die internationalen Gegebenheiten

berücksichtigt und zum Abbau von Wettbewerbsverzerrungen entscheidend beiträgt. Ziel der Reform der Unternehmensbesteuerung muß es sein, die Wachstumskräfte zu stärken, neue Investitionen zu ermöglichen und neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Unser mittelfristiges Ziel ist die Entlastung sowohl im Bereich der ertragsunabhängigen als auch der ertragsabhängigen Steuern. Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung mit dem Steueränderungsgesetz 1992 ihre Vorstellungen eingebracht.

In einer ersten Stufe soll ab 1993 vor allem die ertragsunabhängige Belastung im Bereich der Gewerbesteuer abgeschafft werden (Mindereinnahmen etwa 2,4 Milliarden DM).

Deutliche Vereinfachung

Durch Änderungen des Bewertungsgesetzes soll die auf Betriebsvermögen entfallende Vermögensteuer deutlich gesenkt werden. Dies wird zum einen durch die — mit Ausnahmen — vorgesehene Übernahme der Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung erreicht. Damit ist gleichzeitig ein deutlicher Vereinfachungseffekt für die Unternehmen, ihre Berater und die Finanzverwaltung verbunden. Zum anderen wird der Freibetrag für Betriebsvermögen inländischer Gewerbebetriebe von derzeit 125 000 Deutsche Mark auf 500 000 Deutsche Mark erhöht und damit der Mittelstand besonders entlastet; der übersteigende Teil des Betriebsvermögens soll in Zukunft nur noch mit 50 vom Hundert angesetzt werden (Mindereinnahmen etwa 3,4 Milliarden DM).

Um eine besondere Entlastung des Mittelstandes zu erreichen, ist neben der Rückführung der ertragsunabhängigen Steuern die Staffelung der Meßzahl bei der Gewerbeertragsteuer nach dem

Gewerbeertrag für Personengesellschaften und Einzelunternehmen vorgesehen (Mindereinnahmen etwa 1,2 Milliarden DM).

Behauptungen der SPD

Die SPD behauptet, daß die Union mit der Senkung der betrieblichen Vermögensteuer und der Abschaffung der Gewerkekaptalsteuer Reiche und Spitzenverdiener begünstigen wolle.

Richtig ist, daß wir die Voraussetzungen für Investitionen und Arbeitsplätze sichern und verbessern wollen. Nicht die private Vermögensteuer soll abgeschafft werden, sondern wir wollen die betriebliche Vermögensteuer senken. Die betriebliche Vermögensteuer und die Gewerkekaptalsteuer belasten die Substanz und schaden der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Sie werden unabhängig davon erhoben, ob ein Betrieb Gewinn erzielt oder nicht. Daher mindern sie die Bereitschaft, Investitionen vorzunehmen und gefährden bestehende oder neu geschaffene Arbeitsplätze.

Die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen soll somit sowohl vorhandene Strukturfehler beseitigen als auch die Steuerbelastung für die Unternehmen senken. Ziel ist es, unsere langfristige angelegte, wachstumsfreundliche und sozial ausgewogene Steuerpolitik fortzuführen. Hierbei geht es keinesfalls um Steuergeschenke für "Besserverdienende", wie es die SPD immer wieder behauptet, sondern darum, die Steuerbelastung für die arbeitsplatzschaffenden Unternehmen, nicht für die Unternehmer, dem internationalen Niveau anzupassen.

Die SPD behauptet, daß das Regierungsvorhaben eine neue Steuer-subvention sei.

Richtig ist das Gegenteil: Die steuerlichen Verbesserungen zugunsten von Investitionen und Arbeitsplätzen in einer Größenordnung von voraussichtlich knapp 7 Milliarden DM sollen weitgehend durch den steuerlichen Subventionsabbau und die Rückführung der degressiven Abschreibung für Wirtschaftsgebäude auf das Niveau für Wohngebäude gegenfinanziert werden.

Die SPD behauptet, daß das Regierungsvorhaben nur den Großunternehmen zugute käme.

Richtig ist, daß von der Gewerbesteuer und der Vermögensteuer auf Betriebsvermögen vor allem der Träger des wirtschaftlichen Wachstums, die mittelständische Wirtschaft, betroffen ist. Steuerliche Erleichterungen bei der Gewerkekaptal- und der betrieblichen Vermögensteuer helfen vor allem neu gegründeten, noch ertraglosen Betrieben. Sie vermindern darüber hinaus die Risikoanfälligkeit in Perioden ungünstiger wirtschaftlicher Entwicklung, weil die ertragsunabhängigen Steuern auch bei Ausbleiben von Gewinnen gezahlt werden müssen und dann zum Substanzverzehr in den Betrieben und somit zur Gefährdung von Arbeitsplätzen beitragen.

Die Gewerkekaptalsteuer und die auf Betriebsvermögen entfallende Vermögensteuer stellen vor allem eine zusätzliche Belastung auf Arbeitsplätze schaffendes, investiertes Kapital dar. Sie verringern nicht nur die Investitionsfähigkeit und die Investitionsneigung der Unternehmen, sondern beschneiden auch die Eigenkapitalbildung. Sie stellen daher ein Hemmnis für die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und für das wirtschaftliche Wachstum dar.

Die geplanten steuerlichen Maßnahmen sollen daher die mittelständische Wirt-

schaft zu mehr Investitionen und damit der Sicherung und der Schaffung von Arbeitsplätzen motivieren. Wir können bestehende Arbeitsplätze nur dann sichern und neue schaffen, wenn der Wirtschaftsstandort Bundesrepublik Deutschland für Investitionen attraktiv bleibt. Dazu gehört ein investitionsfreundliches Steuersystem.

Die SPD behauptet, die mittelständische Wirtschaft ginge leer aus.

Richtig ist, daß die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen auch dem Mittelstand zugute kommt. Zur besonderen Entlastung des Mittelstandes soll die Meßzahl im Eingangsbereich der Gewerbebeitragsteuer für Personengesellschaften und Einzelunternehmen gestaffelt werden. Bei der steuerlichen Bewertung des Betriebsvermögens soll der Freibetrag von derzeit 125 000 DM mittelfreundlich auf 500 000 DM vervierfacht werden (Steuermindereinnahmen etwa 265 Millionen DM). Damit fällt rund die Hälfte aller Steuerpflichtigen mit Betriebsvermögen aus der Vermögenssteuerpflicht. Die im Bewertungsgesetz ebenfalls vorgesehene Übernahme der

Tabelle 5

Haushaltsbelastungen (—) / Haushaltsentlastungen (+) in Millionen DM im Rechnungsjahr

	1992	1993	1994	1995
für die Gemeinden	+ 1 265	+ 1 257	+ 1 339	+ 2 328

(Quelle: Entwurf zum Steueränderungsgesetz 1992)

Steuerbilanzwerte in die Vermögensaufstellung entlastet die mittelständischen Unternehmen auch im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer (Steuermindereinnahmen schätzungsweise 300 Millionen DM). Insgesamt wird der Mittelstand somit um rund 1,765 Milliarden DM entlastet.

Die SPD behauptet, daß die geplanten Steueränderungen zu Lasten der Gemeinden gingen.

Richtig ist, daß die Einnahmefälle bei den Gemeinden ausgeglichen werden.

Den Steuerausfällen der Gemeinden stehen Mehreinnahmen gegenüber, die sich aus einer Verringerung der Gewerbesteuerumlage ab 1. Januar 1993, dem Subventionsabbau und dem verringerten Abzug der Gewerbesteuer bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer infolge der Abschaffung der Gewerkekapitalsteuer ergeben.

Darüber hinaus werden die im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) vorgesehenen Finanzhilfen an die Länder zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden kräftig erhöht. An zusätzlichen Mitteln des Bundes erhalten sie 1,5 Milliarden DM in 1992 und jeweils 3 Milliarden DM in den Jahren 1993 bis 1995.

Damit ergeben sich für die Haushalte der Gemeinden in den Rechnungsjahren 1992 bis 1995 die nachstehenden finanziellen Auswirkungen (siehe Tabelle 5).

Die SPD behauptet, daß die durch das Regierungsvorhaben entstehenden Einnahmefälle durch die Mehrwertsteuererhöhung kompensiert werden sollen.

Richtig ist, daß die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen

und Arbeitsplätze durch den Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen finanziert wird (Verbesserung der Steuerstruktur); Mittel aus der erhöhten Umsatzsteuer werden hierfür nicht benötigt.

Die SPD behauptet, daß das Regierungsvorhaben ungerecht und unsolide sei.

Richtig ist, daß sich die Union ihrer Verantwortung für die Bundesrepublik Deutschland stellt. Dagegen entzieht sich die SPD einer Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze. Die SPD hat bislang keine sinnvollen Alternativen vorgelegt. Durch ihre Verweigerungshaltung entzieht sich sie vielmehr der Mitverantwortung für die Bundesrepublik Deutschland und insbesondere für die Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen.

Wir wollen mit unserer Politik die Grundlagen für fortdauerndes Wirtschaftswachstum und damit den Erhalt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze sichern.

Für mehr Investitionen und höhere Beschäftigung

Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ist ein wichtiger Eckpfeiler zur Sicherung der für die Schaffung neuer Arbeitsplätze unverzichtbaren Wirtschaftsdynamik. Mit der Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze geht es uns vorrangig um

die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den europäischen und internationalen Märkten.

Die Internationalisierung des Wettbewerbs und der sich fortsetzende Strukturwandel stellen hohe Anforderungen an die Innovationskraft von Unternehmen. Sie setzen eine moderne und leistungsfähige mittelständische Wirtschaft voraus. Auch und gerade im Blick auf die Umstrukturierung der Wirtschaft in den neuen Bundesländern und den nahenden EG-Binnenmarkt ist es ein wesentliches Ziel unserer Politik, den Mittelstand als Träger der wirtschaftlichen Dynamik zu stärken. Den eingeschlagenen Weg weiter zu beschreiten, wird daher auch künftig notwendig sein. Daher müssen künftige Verbesserungen auch weiterhin mittelständische Belange berücksichtigen.

Wenn die SPD jetzt vorschlägt, auf eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze zu verzichten, dann zeigt sie einmal mehr, daß sie über keine wirtschafts- und finanzpolitische Konzeption verfügt, mit der die nationalen und internationalen Herausforderungen sachgerecht gelöst werden können. Im Gegenteil, sie versucht längst notwendige Reformen zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen durch das Schüren von Sozialneid zu verhindern. Es geht aber nicht um „Steuerentlastungen“ für Reiche und Großunternehmen, sondern um Investitionen und vor allem um Arbeitsplätze für alle. ■

Richtige Analyse — falsche Konsequenz

Und so stellt die SPD ihre wirtschaftspolitische Unfähigkeit erneut unter Beweis:

- „Den Unternehmen müßte die Basis gegeben werden, sich für die Zukunft zu rüsten und ihre Kapitalbasis zu stärken.“ (Björn Engholm, dpa, 10.7.1988)
- „Es gibt keinen Grund, die Unternehmenssteuer zu senken.“ (Oskar Lafontaine, RTL, „Nachgefragt“, 19.8.1990)

Ehrenamtliches Engagement für den Sport fördern und neu wecken

Nach Abschluß der konstituierenden Sitzung des Bundesfachausschusses Sport am 9. September erklärte der wiedergewählte Vorsitzende, Ferdi Tillmann:

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU, dem hervorragende Experten aus allen Bereichen des Sports angehören, hat bei seiner konstituierenden Sitzung die Schwerpunkte für seine Arbeit festgelegt.

Im Vordergrund steht dabei der Aufbau des Sports in den neuen Bundesländern. Die Sportpolitiker der CDU sind sich einig, daß partnerschaftliche Hilfe der alten Bundesländer wesentlich zur Förderung des Breitensports in den neuen Ländern beitragen kann. Darüber hinaus soll in gemeinsamen Aktionen und innerparteilicher Meinungsbildung für die Förderung des Sports in den neuen Ländern geworben werden. Diesem Ziel dient auch die nächste Sitzung des Bundesfachausschusses Sport, die am 21. November 1991 in Oberhof/Thüringen stattfinden wird.

Das Fundament eines freien Sports, wie wir ihn in der Bundesrepublik seit mehr als 40 Jahren kennen, ist das ehrenamtliche Engagement von Millionen unserer Bürger und Bürgerinnen. In den neuen Bundesländern hat es diese Form des Bürgerengagements bis zum vergangenen Jahr so gut wie gar nicht gegeben.

Ich sehe es als Aufgabe der Politik, Wege aufzuzeigen, wie ehrenamtliches Engagement gefördert bzw. neu geweckt werden kann. Der Bundesfachausschuß Sport wird diese Frage diskutieren und prüfen, inwieweit materielle und ideelle Anreize

die gewünschten Impulse auslösen können.

Im Spitzensport und seiner Förderung bewegt uns vor allem die Frage, wie Doping verhindert bzw. sinnvoll bekämpft werden kann.

Der Bundesfachausschuß Sport hat zu diesem Thema in der vergangenen Legislaturperiode eine öffentliche Anhörung durchgeführt. Die Auswertung dieser Anhörung hat auch ihren Niederschlag im Sportprogramm der CDU gefunden.

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU begrüßt die Initiativen, die der Deutsche

Die nächste Sitzung des Bundesfachausschusses am 21. November in Oberhof/Thüringen soll für die Förderung des Sports in den neuen Ländern werben.

Sportbund zur Lösung des Problems gestartet hat. Auf Dauer kann Doping aber nur erfolgreich bekämpft werden, wenn es zu einem gemeinsamen internationalen Vorgehen in diesem Bereich kommt. Der Bundesfachausschuß Sport wird deshalb Verbindungen zu Sportpolitikern der befreundeten Parteien im Ausland nutzen, um für ein internationales Doping-Kontrollsystem und eine internationale Kooperation in diesem Bereich zu werben. Darüberhinaus sollen auch die Gespräche der CDU mit deutschen Spitzenfunktionären in den internationalen Sportverbänden wieder aufgenommen werden. ■

Keine Änderung von Artikel 116

Zur erneuten Forderung der SPD, die Regelung der deutschen Staatszugehörigkeit von Aussiedlern zu ändern, erklärte die Aussiedlerbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die hannoversche Bundestagsabgeordnete Gertrud Dempwolf:

Nach wie vor versucht die SPD, das Problem der steigenden Asylbewerberzahlen dadurch zu lösen, indem sie den deutschstämmigen Aussiedlern den Weg in die Bundesrepublik Deutschland versperren will. Der SPD-Bundvorsitzende Engholm nennt eine Neuregelung des Asylrechts durch eine Änderung des Grundgesetzes nicht menschlich. Menschlich scheint aber nach seinen Vorstellungen zu sein, unseren Landsleuten aus Osteuropa ihre Deutschstämmigkeit und ihr Recht auf Zugehörigkeit zum deutschen Volk abzusprechen. Für die CDU/CSU steht eine Änderung des Artikels 116 außer Frage.

Es ist erstaunlich, daß die SPD immer wieder aus den Aussiedlern Einwanderer zweiter Klasse macht. Die politische, historische und soziale Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für die deutschstämmigen Aussiedler, die über 40 Jahre unter kommunistischer Zwangsherrschaft leben mußten und durch Zwangsumsiedlung und Unterdrückung aufgrund ihres Deutschtums gelitten haben, wird von der SPD schlicht gelehnet.

Warum tun Sie das, Herr Engholm?

Während die CDU/CSU den Schutz der politisch Verfolgten gerade durch eine Änderung des Asylrechts bewirken will, versagt die SPD dem schutzbedürftigen Personenkreis der Aussiedler jede Unterstützung. Dies ist für eine Partei, die sich sozial nennt, unerträglich. Warum tun Sie das, Herr Engholm? ■

Konstituierung des Bundesfachausschusses Sport

Der Bundesfachausschuß Sport der CDU wählte auf seiner konstituierenden Sitzung Herrn Ferdi Tillmann wieder zu seinem Vorsitzenden.

Als stellvertretende Vorsitzende wurden gewählt die frühere Sportministerin der DDR, Frau Cordula Schubert, Mitglied des Vorstandes der Jungen Union, und Herr Michael Sauer, Senedeleiter des ZDF und langjähriger Deutscher Meister im Dreisprung. Neben Sportpolitikern aus allen Lan-

desverbänden der CDU gehören dem Bundesfachausschuß Sport führende Vertreter des Deutschen Sports an, u.a. der Präsident des Deutschen Sportbundes, Hans Hansen, der Vorsitzende des Bundesausschusses Leistungssport (BAL), Prof. Dr. Rolf Andresen, der Präsident des Landesportbundes Berlin, Manfred Freiherr von Richthofen sowie der Leiter des Olympiastützpunktes Tauberbischofsheim, Bundesfechttrainer Emil Beck, die Spitzensportler Dr. Reiner Klimke und Peter Bouschen.

12 Bausteine zur Familienpolitik nur ein erster Schritt

Ganz im Zeichen der programmatischen Erneuerung stand der Landesparteitag der CDU Niedersachsen am 31. August in Stade, auf die die Delegierten mit großer Mehrheit zwölf Bausteine für eine neue Familienpolitik verabschiedeten.

Landesvorsitzender Josef Stock betonte: „Wir haben uns nach dem Abschied von der Regierungsverantwortung mit einer neuen Führungsspitze in der CDU Niedersachsen und der CDU-Landtagsfraktion auf den Weg gemacht.“

Die zwölf Bausteine zur Familienpolitik seien ein erster Schritt, das programmatische Haus neu zu bauen. Bis zum nächsten Landesparteitag sollen weitere Bausteine zur Wirtschafts-, Verkehrs- und Mittelstandspolitik vorgelegt werden. Auch will die Niedersachsen-CDU ein neues umweltpolitisches Konzept erarbeiten und Bausteine für die Sicherung und Entwicklung der bäuerlichen Landwirtschaft erstellen.

Da der Landesparteitag auch den Auftakt bildete für die am 6. Oktober stattfindenden Kommunalwahlen in Niedersachsen, sparte Landeschef Stock nicht mit Kritik an der rot-grünen Landesregierung in Hannover.

Die SPD habe die Wählerinnen und Wähler vor der Landtagswahl „belogen und betrogen“. Das Wohnungsbauprogramm sei eine einzige Katastrophe und bleibe weit hinter den Ergebnissen der früheren CDU-geführten Landesregierung zurück.

Ins gleiche Horn stieß auch der Vorsit-

zende der CDU-Landtagsfraktion, Jürgen Gansäuer. Bisher habe sich noch keine Landesregierung als „unehrlicher“ erwiesen als die rot-grüne in Niedersachsen. Sie habe trotz größter Versprechungen die schlechteste Unterrichtsversorgung der letzten sieben Jahre zu verantworten.

Ausführlich beschäftigte sich CDU-Landeschef Stock mit den Folgen der Deutschen Einheit. Die Ereignisse der letzten Tage und Wochen in der Sowjetunion und in Jugoslawien hätten gezeigt, wie zerbrechlich der Friede sei.

Ohne die entschlossene Haltung von Bundeskanzler Helmut Kohl, ohne die kluge Verhandlungsführung von Wolf-

Der Landesparteitag der CDU Niedersachsen in Stade war der Auftakt für die Kommunalwahlen am 6. Oktober.

gang Schäuble und Rudolf Seiters und ohne die Unterstützung der CDU/CSU-Bundtagsfraktion in schwieriger Zeit „hätten wir Frieden und Freiheit für das ganze Deutschland nicht gesichert“.

Gleichzeitig mahnte Stock: Die Einheit sei nicht vollendet, „sie hat erst begonnen“. In Deutschland sei ein neues Land entstanden.

Die Bundesrepublik habe nicht einfach nur die DDR geschluckt. Das habe Konsequenzen. So mußten „wir wieder lernen, zu teilen und abzugeben“. Es gehe

nicht darum, Opfer zu erbringen, sondern lediglich vom Zuwachs einen Teil abzugeben.

Als Erfolg wertete Stock die Auseinandersetzung seines Landesverbandes um die Steuerpolitik: Die Diskussion habe nicht nur die Niedersachsen-CDU, sondern auch die Bundes-CDU „ein Stück vorangebracht“.

Die Niedersachsen-CDU habe durchgesetzt, daß nicht einerseits dem Lohnsteuerzahler 30 bis 50 DM Solidarbeitrag abverlangt werde, gleichzeitig aber die Steuer auf private Vermögen abgeschafft werden sollte.

3500 neue Mitglieder

Erfreut stellte Stock fest, daß die Erneuerung der niedersächsischen CDU fortschreite. So habe sie im ersten Halbjahr 1991 fast 3.500 neue Mitglieder gewonnen. Damit liege Niedersachsen an der Spitze aller CDU-Landesverbände im Bundesgebiet.

Ein knappes Drittel der neuen Mitglieder seien Frauen, rund 20 Prozent seien unter 30 Jahre alt.

Nach Ansicht von Baden-Württembergs Ministerpräsident Erwin Teufel, Gastredner auf dem Landesparteitag, muß die Erneuerung der CDU „von der Basis kommen“.

Er forderte, die Partei müsse sich auf allen Ebenen öffnen, sonst werde sie

„erfahrungsfern und politikunfähig“. Dafür sei es notwendig, das Profil der Union vor Ort in den Kommunen zu schärfen.

Breiten Raum auf dem Landesparteitag nahm die zum Teil leidenschaftlich geführte Diskussion um den Baustein 12 des familienpolitischen Programms ein, der sich mit dem Schutz des ungeborenen Lebens beschäftigt.

Hier konnte sich die Position von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, die den gesamten Antrag begründet hatte, nicht durchsetzen.

Mit Mehrheit votierte der Parteitag gegen die Formulierungen der Antragskommission, in der es unter anderem hieß: „Strafandrohung verhindert keine Abtreibung. Die letzte Gewissensentscheidung kann der Frau niemand abnehmen.“

Umfassende Beratung

Stattdessen wurde ein Antrag des Bezirksverbandes Lüneburg angenommen. Zwar werden darin unter anderem ausreichende finanzielle Hilfen, umfassende Beratung und Aufklärung gefordert; auch wird an die Verantwortungsbereitschaft der Männer appelliert. Doch wird weiterhin am Strafrecht festgehalten.

Die letzte Entscheidung soll nach diesem Beschluß allerdings von der Frau getroffen werden. Allerdings sei auch der Arzt nicht aus der Verantwortung entlassen. ■

Deutschlands Verantwortung in der Welt

Zu diesem Thema hat die Bundesgeschäftsstelle unter dem neuen Serientitel POLITIK AKTUELL eine erste Broschüre mit den Redebeiträgen von Bundeskanzler Helmut Kohl, Generalsekretär Volker Rühle und Bundesverteidigungsminister Gerhard Stolten-

berg auf dem Außenpolitischen Kongreß der CDU im Mai dieses Jahres herausgebracht.

Bestell-Nr.: 5443, Verpackungseinheit: 25 Expl., Preis pro Einheit 28,75 DM.

Bestellungen an IS-Versandzentrum, Postfach 1328, 4804 Versmold.

Ulrich Nölle: Bremen braucht die politische Erneuerung

Hervorragende Stimmung und Motivation bei allen Beteiligten kennzeichnen den außerordentlichen Landesparteitag der Bremer CDU am 28. August 1991, der in die heiße Phase des Bürgerschaftswahlkampfes einleitete.

Der CDU-Bürgermeisterkandidat Ulrich Nölle stellte den Delegierten und Gästen seine siebenköpfige Kernmannschaft in einer programmatischen Rede vor.

Zur Mannschaft gehören der CDU-Fraktionsvorsitzende in der Bremischen Bürgerschaft Peter Kudella sowie die Bürger-schaftsabgeordneten Roswitha Erlenwein, Ralf Borttscheller und Michael Teiser.

Zusätzlich hat Ulrich Nölle drei Mitstreiter für seine Mannschaft gewonnen, die sich bisher nicht in der Politik engagiert haben, aus ihren Tätigkeitsbereichen aber hohe Kompetenz mitbringen.

Ilse Wehrmann, die im Wahlkampf die Bereiche Soziales, Jugend, Frauen und Familie vertritt, ist Sozialpädagogin und Geschäftsführerin der evangelischen Kindergärten in Bremen. In dieser Funktion ist sie schon oft in der bremischen Öffentlichkeit in Erscheinung getreten.

Der Hochschullehrer Prof. Dr. Klaus Haefner, Professor für angewandte Informatik an der Universität Bremen, steht für die Bereiche Wissenschaft, Technologie, Kultur und Bildung ein. Er trug in einer engagierten Rede vor, daß sich auf diesen Feldern in Bremen dringend etwas tun muß, will das kleinste Bundesland den Anschluß nicht verlieren.

Bernd-Artin Wessels, Geschäftsführer einer Fruchthandelsgruppe in Bremen,

verstärkt die Kernmannschaft in den Bereichen Wirtschaft, Schifffahrt und Außenhandel. Der Wirtschaftsfachmann, der in der Vergangenheit gezeigt hat, daß er schwierige Sanierungsaufgaben meistern kann, machte deutlich, daß Bremen dringend eine wirtschaftsfreundliche Politik benötigt, um die wirtschaftliche und finanzielle Talsohle zu verlassen.

Bernd Neumann: „Wir wollen den SPD-Senat ablösen und endlich den roten Filz aus Bremen verjagen.“

Die Delegierten verabschiedeten einstimmig 20 Sofortmaßnahmen, die ein CDU-geführter Senat nach der Bürgerschaftswahl einleiten will, um die Probleme des Zwei-Städte-Staates zu lösen.

Der Mittelstand als wichtige Säule einer gesunden Wirtschaft soll stärker gefördert werden. Daneben will die CDU neue Gewerbeflächen ausweisen, um Raum für Industrieansiedlungen zu schaffen. Auch die Infrastruktur soll ausgebaut werden, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen entscheidend zu verbessern.

Darüber hinaus enthält das Sofortprogramm verschiedene Maßnahmen, um die Probleme zu lösen, die den Bürgern in Bremen die größten Sorgen bereiten. So tritt die bremische CDU beim Asylrecht für eine Ergänzung des Artikel 16 Grundgesetz ein. Asylbewerber, die in Bremen ankommen, sollen zukünftig in Sammel-

OHNE FRAUEN IST KEIN STAAT ZU MACHEN.

*Solidarisch
die Einheit gestalten*

18. Bundesdelegiertentag
der Frauen-Union
der CDU Deutschlands
am 19. und 20. Oktober 1991
Konrad-Adenauer-Haus
Bonn

Aus dem Programm:

Reden und Redebeiträge
von Rita Süßmuth, Angela
Merkel, Hannelore Rönsch
und Alfred Dregger.

Wichtige Tagesordnungs- punkte:

- Beschluß über die
Fusion der alten und
neuen Landesverbände
 - Neuwahl des Vorstandes
- Für den Abend des
19. Oktobers ist um 20 Uhr
ein gemütliches Beisam-
mensein vorgesehen.



unterkünften mit Gemeinschaftsverpfle-
gung untergebracht werden.

Auch die Polizei soll verstärkt werden,
denn das Drogengeschäft und die damit
verbundene Kriminalität blühen im klein-
sten Bundesland.

Der CDU-Landesvorsitzende Staatssekre-
tär Bernd Neumann erklärte mit deutli-
chen Worten das Wahlziel der CDU am
29. September: „Wir wollen das Rathaus
im Sturm erobern, den SPD-Senat ablö-
sen und endlich den roten Filz aus Bre-
men verjagen.“ Und er fügte hinzu: „Es

gibt keinen Zweifel, daß Ulrich Nölle die-
ses Ziel auch erreicht, denn er ist der rich-
tige Spitzenkandidat.“

Der CDU-Bürgermeisterkandidat Ulrich
Nölle unterstrich, daß nur ein neuer
Senat unter Führung der CDU das Bun-
desland Bremen noch vor dem Konkurs
retten könne. „Es führt kein Weg vorbei
an einem ehrlichen Kassensturz und an
konsequenter Sparpolitik. Bremen
braucht die politische Erneuerung, um im
Vergleich mit anderen Bundesländern
nicht weiter ins Abseits zu geraten.“ ■

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1



Jetzt wieder lieferbar

Das Super-Euro-Shirt mit Kapuze gibt's ab sofort wieder im IS-Versandzentrum. Heute noch bestellen! Postwendend können Sie dann flott angezogen joggen, stretchen, walken oder einfach nur relaxen . . . sich fit machen für die Zukunft, für Europa. Nicht nur für die Jungen in der Union.

Bestell-Nr. **9390** (Größe L)
Bestell-Nr. **9391** (Größe XL)
Bestell-Nr. **9392** (Größe XXL)
Preis je Shirt: 17,50 DM
zzgl. MwSt.

Bestellungen an:
IS-Versandzentrum
Postfach 1328, 4804 Versmold
Fax (05423) 15321

UiD

27/91

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93, Vertrieb: Telefon (02 28) 544-421, Verlagsleitung: Dr. Uwe Lühje, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 52,— DM, Einzelpreis 1,50 DM, Herstellung: **VVA** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.